

Guten Tag aus dem Journalstudio, ich bin Veronica Filiz.

Der August geht also zu Ende, ein Sommernachtstraum wird uns trotzdem beschäftigen.

Das Burgtheater eröffnet mit dem Komödien-Klassiker nämlich die neue Saison.

Der Mietendeckel hat, wenn man so will, politisch die Saison eingeläutet,

überraschenderweise enthält der Entwurf, mit dem drei Gesetze geändert werden sollen,

Verfassungsbestimmungen. Es wird den Deckel also nur mitstimmen der SPÖ oder der FPÖ geben,

oder nicht, unsere Innenpolitik-Redaktion hat nachgefragt. Hintergrund ist jedenfalls die

Teuerung, die zuletzt leicht gesunken ist, aber die Hoffnung, dass das so weitergeht,

hat eine Schnellschätzung der Statistikaustria zu Nichte gemacht. Im August ist die

Teuerung wieder auf siebeneinhalb Prozent gestiegen. Im Ukraine-Krieg werden so viele

Dronen eingesetzt wie nie zuvor in einem Konflikt, warum eigentlich das bespreche ich

mit dem Militäranalysten Markus Reisner. Außerdem hören sie ein ausführliches Interview mit

Energieministerin Leonore Gewessler und noch einiges mehr, aber erst nach den Wetteraussichten

Heute Nachmittag wechseln Wolken und Sonnenscheinen. Etwas dichter sind die Wolken dabei,

vor allem in den Alpen, im Flachland und in Oberösterreich. Hier ziehen ein paar Regenschauer

durch. Einzelne sind aber auch sonst womöglich, etwa im Mittelburgenland oder im Großraum Graz.

Besonders von Oberösterreich bis ins Nordburgenland weht lebhafter bis kräftiger Westwind. Die

Temperaturen erreichen 16 bis 25 Grad, die 25 im Osten. 22 Grad sind es jetzt in Eisenstadt,

21 in Wien und Graz, 19 in Gagnfurt, 18 in St. Pölten und Linz, 17 in Innsbruck,

16 in Salzburg und erst 10 Grad in Sulzberg im Prägenserwald. In den nächsten Tagen wird

es aber immer wärmer. Morgen und am Sonntag ist es dabei aber wechselhaft. Wir beginnen ihnen

politisch und damit beim Mieten der Geld in die Regierung angekündigt hat, und der ein

überraschendes Detail enthält. Der Entwurf, mit dem eben drei Gesetze geändert werden sollen,

enthält Verfassungsbestimmungen. Den Deckel wird es also nur mit Stimmen der SPÖ oder der FPÖ geben.

Ist das realistisch und ist ein Verfassungsrang wirklich notwendig, Tanya Mayle und Katja

Adhofer haben nachgefragt. Monatelang haben Türkes und Grün einen Mietendeckel in den Raum

gestellt und sich dann bekanntlich ebenso monatelang nicht darauf geeinigt. Gestern war es dann

überraschend doch soweit und jedenfalls für den gemeinnützigen Bereich. Richt- und Kategorie-

Mieten

soll die Mieten in den kommenden drei Jahren um maximal 5 Prozent steigen dürfen. Aber und das

haben Nehammer und Kogler bei ihrer Pressekonferenz dazu gestern mit keinem Wort erwähnt. Sie

wollen

den Mietendeckel mit Verfassungsbestimmungen beschließen, um etwaigen Klagen vorzubeugen.

Den Experten aus dem Justizministerium, so die einzige Stellungnahme der ÖVP heute dazu,

hätten nämlich empfohlen, das Gesetz verfassungsrechtlich abzusichern. Immerhin werde

mit dem Paket auch in Verträge eingegriffen. Aus dem angesprochenen Justizministerium heißt es

dazu ebenfalls schriftlich, die Änderungen hätten eine Auswirkung auf eine Vielzahl bestehender

Verträge durch die Ausgestaltung als Verfassungsbestimmung, sollte die zu beschließende

Regelung rechtlich abgesichert werden. Aber ist das aus juristischer Sicht überhaupt nötig?

Der Verfassungsjurist Klaus Peuer von der Universität Graz sagt zu den Gesetzen,

die für den Mietendeckel geändert werden sollen.

Sprich ohne zwei Drittel Mehrheit. Aber gleichzeitig gehe es hier um gravierende Eingriffe,

etwa in das Grundrecht auf Eigentum und das Grundrecht auf Gleichheit.

Ähnlich bewertet, dass der Verfassungsexperte Bernd Christian Fung. Nachsatz in der Vergangenheit, etwa 2016, wurden Eingriffe bei den Richtwertmieten mit einfacher Mehrheit vorgenommen. Allerdings, das, was jetzt hier ansteht, geht sehr viel weiter und tiefer. Klar ist aber bereits rot und blau werden den Gesetzen in der vorliegenden Form im Nationalrat nicht zustimmen. Denn dadurch, so die SBO, würde ja festgeschrieben, dass Mieten in den kommenden Jahren weiter steigen sollen und ab 2026 sogar jährlich erhöht werden müssten. Ein Mietpreisstopp bis 2025 und eine Entkoppelung von der Inflation, wie die Sozialdemokratie fordert, wäre somit für alle Zukunft unmöglich, heißt das aus dem SBO-Club und auch der freiheitliche Bautensprecher Philipp Schrangelsack. Wir denken, dass die Dynamik noch zunehmen wird und die ÖVP wird noch draufkommen,

dass das, was sie derzeit vorgelegt haben, zu wenig sein wird. Und daher können wir dem derzeit vorliegenden Entwurfpapier nicht in dieser Form zustimmen. Sind sie verhandlungsbereit, also

wenn Türkees Grün nachbessern, würden sie dann zustimmen? Wir sind auf jeden Fall verhandlungsbereit.

Unsere Forderungen liegen am Tisch. Wenn hier nachgebessert wird von der Regierung bzw. wenn mit

uns in Verhandlungen eingetreten wird, die auf Augenhöhe stattfinden, wo wir unsere Punkte einbringen können, dann sind wir auf jeden Fall zum Verhandlungen bereit. Ob die Regierung zu Nachbesserungen bzw. Verhandlungen mit der Opposition bereit ist, das war heute allerdings nicht zu

erfahren. Sowohl bei der Volkspartei als auch bei den Grünen wollte niemand ein Interview dazu geben.

Auch die Frage, warum Türkees und Grün nicht bereits von sich aus auf die Opposition zugegangen sind, wenn sie doch eine Verfassungsbestimmung wollen, war also nicht zu klären. Und auch, ob Türkees Grün das Gesetz gegebenenfalls alleine, also mit einfacher Mehrheit beschließen würden, bleibt damit offen. Viele Fragen also noch unklar, aber Verfassungsbestimmungen beim Mietendeckel sind für die Experten nach Volziba, Katja Tover und Tanja Mahle haben berichtet.

Neben dem Mietendeckel hat die Regierung auch einen Gebührenstopp angekündigt. Die Gemeinden

sollen also Gebühren für Wasser, Müll oder anderes im kommenden Jahr nicht erhöhen. Um die Einnahmefälle auszugleichen, stellt der Bund 150 Millionen Euro zur Verfügung. Aber das reicht

nicht, sagen Experten und Vertreter von Gemeinden. Maria Kern. Wasser ab Wasser Müll geht es nach der

Regierung, dann sollen die Gemeinden die Gebühren für diese Leistungen im kommenden Jahr nicht erhöhen.

In manchen Städten und Gemeinden würde sich das allerdings gar nicht auswirken, weil für 2024 ohne dies keine Erhöhungen vorgesehen sein. Das sagt Thomas Weninger, der Generalsekretär des Städtebunds. Die Stadt Wien hat ja schon festgehalten, dass aufgrund des Valorisierungsgesetzes für 2024

keine Gebührenerhöhung in genannten Bereichen ansteht und auch andere Gemeinden haben nicht

vor Gebühren zu erhöhen.

Und auch in jenen Gemeinden, in denen die Gebühren im kommenden Jahr doch erhöht werden sollen, ist schon

jetzt klar, dass sie nicht auf dem Niveau von Heuer eingefroren werden können. Das sagt Walter Leih,

ist der Generalsekretär des Gemeindebunds. Ein totales Einfrieren der Gebühren wird nicht möglich sein, weil die Gemeinden verpflichtet sind, kostendeckende Gebührenhaushalte zu führen. Das heißt, bei Wasserkanal und Abfall sind die Gemeinden verpflichtet, kostendeckende Betriebsführungen durchzuführen und damit ergibt sich eine automatisch eine entsprechende Gebührenerhöhung

durch die gestiegenen Personal- und Sachkosten. Denn der von der Regierung angekündigte Zuschuss

von 150 Millionen Euro werde nicht ausreichen, um die steigenden Kosten auszugleichen, so leis.

Also wir müssen noch abwarten, wie genau das Gesetz beschlossen wird und genau in welche Beträge wir sprechen.

Aber zu erwarten ist, dass mit den 150 Millionen, die der Bund für das Jahr 2024 zur Verfügung stellt,

nicht die komplette notwendige Gebührenerhöhung abgedeckt werden kann. Was damit erreicht werden kann,

ist eine Reduzierung der Erhöhung. Das heißt, die Gebühren werden also weniger stark angehoben, als sie eigentlich angehoben werden sollten. Um wie viel Prozent werden sie also im Schnitt steigen? Naja, im Schnitt, das kommt auf die jeweilige Kostenstruktur der Einrichtung an, aber ich denke auch,

dass in etwa Größenordnung von drei Prozent auf oder ab entsprechend überbleiben wird.

Soweit der Generalsekretär des Gemeindebunds. Auch beim Zentrum für Verwaltungsforschung heißt es,

dass die 150 Millionen Euro als Kompensation für die Gemeinden nicht ausreichen werden.

KDZ-Geschäftsführer Peter Biewald?

Also wenn alle Gemeinden die Gebühren nicht erhöhen, werden die 150 Millionen nicht ausreichen.

Es wären mindestens 220 Millionen notwendig und diese 220 Millionen sind wiederkehrend notwendig.

Welte auch in den Jahren 25, 26 und 27 fehlen. Das heißt, der fünf Jahre ist mindestens eine Milliarde zu kompensieren.

So das Resümee des Verwaltungsforschers.

Und wenn die Maßnahmen der Regierung die nötige Mehrheit finden, dann werden sie wirken, das sagen Experten aber eingeschränkt und erst im nächsten Jahr.

Derzeit steigt die Teuerung wieder. Sie liegt nach 7 Prozent im Juli im August wieder bei 7,5 Prozent.

So die Schnellschätzung der Statistikaustria. Und das liegt vor allem an den Treibstoffpreisen, berichtet Paul Seehorst.

Jener Posten, der die Inflation in den vergangenen Monaten gebremst hat, sorgt jetzt für eine Erhöhung, die Treibstoffe.

Josef Baumgartner vom Wirtschaftsforschungsinstitut.

Aktuell hatten wir in diesem Jahr, in Juni, Juli, beim Diesel- und auch beim Superbenzinpreise, also

um die 1,50, 1,60.

Und die haben im August wieder auf 1,70, 1,75 zugelegt.

Als Gründer nennt er Ökonom mehrere Faktoren. Es habe zum einen eine etwas stärkere Nachfrage gegeben,

als das von den Märkten bisher erwartet wurde und zusätzlich auch das Angebot etwas eingeschränkt, insbesondere von den OPEC-Ländern.

Was eben zu einer wieder höheren Inflation geführt hat im August, das sind allerdings nicht die Treibstoffe allein.

Auch durch gestiegene Löhne seien die Dienstleistungen, an der immer noch recht hohen Inflationen maßgeblich beteiligt, sorgt Baumgartner.

Dienstleistungen sind insbesondere arbeitsintensiv und das heißt, das sind eben die höheren Arbeitskosten aus den Lohnabschlüssen

vom letzten Herbst bzw. von diesem Frühjahr, die dann eben als höhere Arbeitskosten auf die Konsumentenpreise übergewälzt werden.

Im Sommer sind da wohl vorwiegend touristische Dienstleistungenpreistreiber, Hotelbesuche, Restaurants reisen.

Und in diesem Sommer war Österreich touristisch sehr begehrt, gemessen an den Nichtigungen bis Ende Juli.

Genaue Details zum Einfluss der einzelnen Sektoren auf die Inflation kommen wie immer erst im Laufe des Folgemonats.

Allerdings zeigt schon die aktuelle Schätzung, Österreich steht durch seine Gewichtung der Dienstleistungen im Euro-Raum-Vergleich weiterhin schlechter.

Der internationale Vergleichswert der Inflation beträgt bei uns 7,6%.

Im Euro-Raum sind das unveränderte 5,3%.

Der prognostizierte Rückgang ist nicht eingetreten.

Die Energiepreise gingen weniger stark zurück als noch im Juli, Lebensmittelalkohol und Tabak waren regelrechte Preistreiber im Euro-Raum.

Wie geht es in Österreich weiter?

Die Energie sollte im Herbst erstmals seit Monaten wieder einen Negativbeitrag zur Inflation liefern. Viele Energiekunden kommen aus gebundenen Verträgen raus, sagt Baumgartner.

Und die Energiepreise werden im kommenden Winter wohl viel geringer sein als im Winter davor.

Das sollte die gesamte Inflationsrate dann deutlich dämpfen.

Bei den Dienstleistungspreisen ist eher zu erwarten, dass der positive Inflationsbeitrag wieder etwas zunehmend.

Das hat insbesondere mit Arbeitskosten zu tun, die stärker übergewälzt werden.

Ende des Jahres sollte die Inflation dann um die 5% liegen.

Es ist 12 vor 12 und wir wechseln jetzt das Thema.

Im spanischen Toledo beraten die Außenministerinnen und Minister der EU.

Kernthema ist da, die Ukraine.

Es geht aber auch um Afrika, um Gabun, aber vor allem die Situation in der Sahelzone bereitet den Außenministern Sorge, vor allem die Lage in Niger.

Besprochen werden da zum Beispiel Sanktionen gegen die Putschisten, wie das mehrere EU-Staaten fordern.

Aus Toledo berichtet Benedikt Feichtner.

Mali, Niger, Gabun.

Die Liste der afrikanischen Länder, in denen Militärs die Macht ergreifen, wird länger und länger. Für Außenminister Schallenberg ein Alarmsignal.

Dass wir in Niger zum Beispiel russische Fahnen gewählt werden, antephanziöse Songs gesungen werden,

das zeigt, dass unser Softpower, unser Einfluss weit geringer ist, als wir es uns vielleicht gewünscht haben oder gedacht haben.

Ich glaube, wir müssen da völlig neu denken.

Und ein wesentlicher Punkt, das meiner Warte ist die Tonalität, die Arte, die wir mit den afrikanischen Staaten sprechen.

Bereits nach dem Putsch in Niger hat die EU sämtliche Finanzhilfen für das Land ausgesetzt.

Deutschland und Frankreich wollen die Putschisten sanktionieren.

Einreise und Vermögenssperren seien in Vorbereitung erklärt der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell.

Die EU folge damit einem Vorschlag der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOVAS.

Wir werden stets in Betracht sehen, was die ECOVAS-Gruppe vorschlägt.

Wir unterstützen das Vorgehen, dass sie uns vorschlagen.

Auf Nachfrage des ORF, ob die EU auch militärisch eingreifen würde,

wenn die ECOVAS-Gruppe darum bitten würde, erwidert Borrell.

Die EU werde ein starkes Sanktionspaket auf den Weg bringen.

Alle anderen Maßnahmen müssten besprochen werden.

Für Italiens Außenminister Antonio Tayani geht das zu weit.

Selbst auf eine Unterstützung der Sanktionen will er sich nicht festlegen.

Die Stabilität Afrikas ist essentiell.

Wir arbeiten mit den Mitteln der Diplomatie, sowohl im Falle von Gabun als auch im Niger.

Eine militärische Intervention wäre ein Desaster.

Wir müssen Tag für Tag an diplomatischen Lösungen arbeiten.

Im Falle der Ukraine ist eine diplomatische Lösung derzeit kein Thema.

Die Außenministerinnen und Außenminister beraten über weitere Unterstützungsmaßnahmen.

Der litauische Außenminister Gabrielius Landsbergis plädiert in desfür ein neues Ziel.

Die Ukraine soll nicht unterstützt werden, solange das nötig sei, sondern ...

Wir müssen mit der Ukraine sein, bis die Ukraine victory.

Die EU müsse die Ukraine unterstützen.

Soweit ist das aber noch nicht.

Also bleiben wir noch beim Thema des Ukraine-Kriegs.

Schauen aber auf ein Markenzeichen dieses Kriegs die Dronen.

Sie sind die modernen Waffen der Gegenwart

unbemannt vollautomatisch oder ferngesteuert.

Und beide Seiten nutzen Dronen Russland wie die Ukraine,

die immer häufiger mit Dronenangriffen auf russische Angriffe reagiert.

So wurde zum Beispiel gestern, wurden vier Dronen gesteuert.

So wurde zum Beispiel gestern, wurden vier Transportflugzeuge

nach einem Dronenangriff auf einen Militärflugplatz beschädigt.

Ist das ein möglicher Auftakt einer neuen Phase einer strategischen Kampagne der Ukraine?

Das möchte ich jetzt mit Oberst Markus Reisner,
besprechen Militäranalyt vom Bundesheer. Guten Tag.
Guten Tag.

Herr Reisner, fangen wir ganz vorne an.

Warum werden so viele Dronen in diesem Krieg eingesetzt?

Ja, die Art und Weise des Einsatzes der Dronen ist natürlich im Ukraine Krieg
hier bestimmend auch für das, was wir tagtäglich vom Schlachtfeld am Bildern
hereinbekommen. Einerseits taktisch auf dem Gefechtsfeld,
aber andererseits natürlich auch, wenn man die spektakulären Angriffe sieht,
die die Ukraine auf russischen Territorium durchführt.

Und man darf nicht vergessen, auch die Angriffe der russischen Seite
laufen fast jede Nacht auf ukrainischen Territorium.

Der Hintergrund dieser Angriffe ist der Dreierler Natur.

Das Erste ist, dass die Ukraine einfach versucht,
diese strategischen Luftkampagne der Russen etwas entgegenzusetzen.

Man versucht also, Gegenschläge durchzuführen.

Das Zweite ist, dass man versucht, das Momentum,
vor allem im Informationsraum, aufrecht zu halten.

Es läuft momentan nicht so gut mit der Offensive.

Da sind diese Dronen Angriffe natürlich spektakuläre Schlagzeilen.

Und das Dritte ist, man möchte natürlich den Krieg ganz klar
nach Russland tragen und der Bevölkerung zum Beispiel in St. Petersburg
und Moskau zeigen. Seither ist halt nicht sicher,
der Krieg findet nicht nur in der Ukraine Stadt,
sondern wir tragen ihn so euch in eure Wohnungen nach Hause.

Also schon auch eine Art psychologische Waffe, die da eingesetzt wird.

Also sehen Sie schon eine neue Strategie seitens der Ukraine?

Natürlich. Man darf nicht vergessen,
dass Kriege über mehrere Domänen geführt werden.

Wir schauen vor allem zum Beispiel immer auf das Landdomänen,
Stiefeldoffensive, aber man darf nicht vergessen,
dass vor allem der Informationsraum bestimmend ist.

Und hier geht es darum, welche Seite hat das Momentum?

Wo wird berichtet?

Wer hat also gerade den Eindruck hinterlassen bei den Zuhörern,
bei den Zuschauern im Fernsehen,
dass er quasi auf der Siegerseite ist?

Und die Ukraine versucht, das hier ganz klar ein Akzent zu setzen,
indem es also diese Drohnenangriffe durchführt.

Sie sind zwar aus militärischer Sicht nur einseitig erfolgreich
oder auch nur begrenzt erfolgreich,

aber natürlich stellen Sie sich vor,
das Momentum, das dort aufgebaut wird, weil natürlich der Eindruck entsteht,
dass Russland nicht in der Lage ist, seinen Luftraum zu schützen.

Eine Großmacht, so wie es einmal gewesen ist,
offensichtlich schaltet daran, diese kleinen Drohnen abzufangen.
Immer wieder gibt es aber schon Meldungen,
dass der jeweilige Luftschutz Drohnen abgefangen hat.
Die Drohnen haben eben den Vorteil,
dass sie unbemannt und vollautomatisch sind,
aber haben die Drohnen schon auch einen Nachteil,
dass sie eben auch abgefangen werden können.
Ja, da liegt also die Dücke im Detail
und das kommt natürlich hier die Physik zum Tragen.
Das beginnt damit, dass diese Drohnen in der Bauart sehr klein sind,
also viel kleiner als sehr komische Hubschauer oder Kampfflugzeuge
und herkömmliche militärische Ratas sind in der Einstellung,
vor allem auf diese Objekte, quasi abgestimmt.
Das heißt, das erste Problem ist,
dass eine derartige Drohne in sogenannten sehr geringen Radarquerschnitt hat.
Das heißt, diese Radare, die normalerweise dafür da sind,
Flugzeuge zu erkennen, können sie nicht dediktieren.
Sie müssten fein gerastet werden.
Dazu haben sie aber dann sehr viele Fehlermeldungen
und damit passiert das nicht, außer man hat einen konkreten Hinweis.
Das heißt, die Drohne schafft es,
durch diesen kleinen Radarquerschnitt sehr, sehr weit zu fliegen.
Sie fliegt auch sehr nahe am Boden
und kann damit quasi das russische Flieger per System und Disposition unterlaufen
und quasi diese Ziele dann tatsächlich angreifen.
Das Problem ist natürlich, sie kann nur sehr ungenau gesteuert werden
und darum sehen wir auch zum Teil zwar gezielte Angriffe,
die es auch schaffen, zum Beispiel Flugzeuge zu zerstören,
aber wir sehen auch immer wieder Drohne, die zum Beispiel in Hochhäuser einschlagen,
wo man weiß, das war so eine grobe Richtungsangabe,
eine grobe Koordinate, aber da tatsächlich Effekte nicht da.
Das heißt, die Drohne bringt Vorteile mit sich,
aber sie macht es natürlich den Ukraniern schwierig, wirklich gezielt,
militärische Effekte zu erzielen, zum Beispiel ganz gezielt,
einen Rüstungsstandard anzugreifen und zum Beispiel die Produktion von Panzer,
Drohnen oder ähnlichen russischen Seiten zum Stock zu bringen.
Also können die Drohnen eher nicht Kriegsentscheiden sein oder schon?
Das kommt natürlich darauf an, in welche Ausprägung sie eingesetzt werden.
Wir haben also hier vor allem viele kleine Drohnen,
die zum Teil auch wirklich weit fliegen können,
mit einem entsprechenden Sprengstoffmenge beladen,
auch zum Teil durch GPS-Empfänger und Sender,
quasi sehr genau gesteuert werden können.

Aber heute das Problem ist vor allem hier die große Entfernung.
Und das Dilemma besteht darin,
dass es natürlich die Ukraine nur begrenzte Möglichkeiten hat.
Man sieht das auch auf der russischen Seite,
die ein ähnliches Versuch mit dem Einsatz dieser iranischen Drohnen,
die sie ab dem nächsten Jahr bereits selbst produzieren wollen,
in einer Stückzahl von 6.000 Stück Lust,
die natürlich alle von der ukrainischen Flöhe wieder abgeschossen werden müssen.
Der Punkt ist, wenn Drohnen natürlich in eine Ausprägung eingesetzt werden,
dass sie massiert zum Einsatz kommen,
das war auch immer wieder der Fall bei diesen insgesamt ca. 25 Angriffen besetzt.
Das heißt, ganze Drohnen schwärme.
Und wenn die natürlich sehr genau fliegen
und mit enormen Mengen von Sprengstoff beladen sind,
das ist jetzt wieder das Problem der Distanz,
dass hier zum Tragen kommt, dann kann es natürlich sehr wohl sein,
wenn sie sehr gezielt einschlagen, dass sie einen Effekt erzielen.
Denken Sie zum Beispiel in diesen spektakulären Einsatz
einer Drohne am 3. Mai diesen Jahres in den Gremel.
Die Drohne selbst wird zu klein,
dass sie den Präsidenten gefährlich werden hätte können.
Aber wenn das natürlich ein massiveres Drohne gewesen wäre,
dann hätte es nicht ein ganz anderen Effekt erzielen.
Und das fehlt ja noch.
In diesem Krieg werden so viele Drohnen eingesetzt,
wie nie zuvor in einem Konflikt.
Gehört also die militärische Zukunft der Drohne?
Ja, davon kann man ausgehen.
Die Drohne hat vor allem den Vorteil für beide Seiten,
dass sie das Gefechtsfeld gläsern macht.
Das heißt, man hat das ein Lagebild zu jeder Zeit
von fast all den Bereichen des Gefechtsfelds.
Ich gebe Ihnen noch ein Beispiel,
damit Sie die Dimensionen ein bisschen einordnen können.
Man nimmt anders die Ukraine im Monat
ca. 10.000 Drohnen verliert.
Das heißt, jeder dieser Drohnen,
das sind oft so kleine handelsübliche Drohnen,
die Sie zum Beispiel beim Medienmarkt
um 600 Euro kaufen könnten.
Diese Drohnen haben meistens nur eine Überlebensdauer von ein,
zwei Flügen, dann sind sie bereits wieder zerstört
von elektronischen Gegenmaßnahmen, zum Beispiel der Russen.
Aber die Drohnen sind das ein ganz wesentliches Element.

Man nimmt sie nicht nur quasi zur Aufklärung,
Stichwort gesundes Gefechtsfeld,
sondern man belädt sie auch mit Sprengstoff.
Sie werfen Sprengkörper ab.
Sie sind dann in der Lage auch gezielt,
Ziele anzugreifen über große Distanzen.
Wie wir das jetzt gerade auch sehen,
auf beiden Seiten, auf der russischen Seite
durch den Einsatz dieser ukrainischen Drohnen
und auf der ukrainischen Seite durch den Einsatz Drohnen,
die zum Teil selbst erzeugt worden sind
und diese Effekte erzielen können.
Wir werden also schon noch einiges über die Drohnen hören,
sagt Oberst Markus Reisner,
Militäranalyst vom Bundesheer.
Vielen Dank für Ihre Einschätzungen
und dass Sie sich Zeit genommen haben.
Herzlichen Dank natürlich.
Das Thema seit Tagen sorgt ein Video
der FPÖ Jugendorganisation Veräufregung.
Huldigungen von rechtsextremen Autoren und Denkern
sind darin ebenso zu finden wie Mitglieder der Identitären.
Eine Verschmelzung der rechtsextremen Gruppe
mit der freiheitlichen Jugend beobachten Fachleute.
Der blaue Nachwuchs ist bisher aber nicht
als rechtsextremistisch eingestuft.
Die Grünen fordern jetzt,
dass der Verfassungsschutz einschreitet.
Die Direktion Staatsschutz- und Nachrichtendienst
müssen auch die FPÖ Jugendorganisation überwachen.
Niklas Lercher.
Im Video der freiheitlichen Jugend
ist vom Bevölkerungsaustausch die Rede ein Begriff,
den auch die rechtsextremen Identitären verwenden.
Mitglieder der rechtsextremen Gruppe sind ebenfalls zu sehen.
Zudem präsentiert der freiheitliche Nachwuchs
ihre geistigen Vorbilder.
Eine Art Ahnengalerie von Nazi-Kollaborateuren
bis hin zu geistigen Wegbereitern des Hitler-Regimes.
Für David Stöckmüller von den Grünen zeige das Video.
Wie sich rechtsextremen unsere Republik in Österreich wohlfühlen,
sich frei austoben können.
Für Rechtsextremismus-Experten ist der FPÖ-Nachwuchs
fast nicht mehr von den Identitären zu unterscheiden.

Die Direktion Staatsschutz- und Nachrichtendienst, kurz DSN, stuft bisher aber nur die Identitären als rechtsextreme ein. Die DSN müsse sich ihrer verfassungsrechtlichen Pflicht bewusst werden und klare Kante zeigen, fordert der grüne Sicherheitsprecher. Die freiheitliche Jugend gehört entsprechend eingestuft und auch überwagt. Ob das der Verfassungsschutz auch macht, ist unklar. Zu etwaigen Erhebungen zu konkreten Organisationen, Gruppierungen oder Personen gebe man grundsätzlich keine Auskunft, heißt es auf Anfrage. Obwohl Verbindungen der Freiheitlichen in die rechtsextreme Szene nicht erst seit dem Video erkennbar sind. Das bestätigt vor kurzem auch der ehemalige Chef des Verfassungsschutzes Peter Griedling in der ZIP2. Es sei auffällig gewesen. Es gibt zwischen einerseits rechtsextremisten und der FPÖ, aber auch den neu rechten Bewegungen wie die Identitären und der FPÖ. Und hier sieht man ja aktuell, dass es hier keine Berührungspunkte zwischen den beiden gibt. Wirklich passiert ist seither nichts. Im Gegensatz zur rechten AfD verweist Stögmüller von den Grünen auf Deutschland. Dort wird die AfD schon seit Monat nach rechtsextremistischer Verdachtsfall und die Thüringer AfD sogar als klar rechtsextreme eingestuft. Worum das in Österreich anders ist, bleibt für den Grünen Abgeordneten schleierhaft. Ich hoffe nicht, dass der Grund ist, dass man sich vor der Landeshauptfrau aus Niederösterreich führt, um hier mitzuteilen, dass der Koalitionspartner, der sich auch gleich im Video gezeigt hat, rechtsextremist. Udo Landbauer, freiheitlicher Landeshauptfrau, Stellvertreter in Niederösterreich ist ebenfalls im Video zu sehen. Von ihm war keine Stellungnahme zu bekommen. Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner vom Koalitionspartner ÖVP lässt schriftlich wissen, es sei nicht ihre Aufgabe, jede Internetprovokation von rechts und links zu kommentieren. An der Zusammenarbeit will die ÖVP also nicht rütteln, auch wenn die Parteijugend des blauen Koalitionspartners unter Rechtsextremismus verdacht steht. Zu unserer Sommerinterview-Reihe jetzt, heute mit Energieministerin Leonore Gewessler von den Grünen. Vor genauer einem Jahr war die Energiekrise großes Thema Gaslieferungen aus Russland nach Europa stockten. Der Gaspreis war hoch wie nie. Sogar Skeptikern wurde damals klar,

dass Österreich unabhängiger werden muss von russischem Gas.
Ein Jahr später sind aber viele Energiegesetze
immer noch in der Schublade.

Peter Dase hat darüber mit Leonore Gewessler gesprochen.

Frau Ministerin, nach ihrem Plan
dürften eigentlich heuer schon keine Gasheizungen mehr
in neue Häuser eingebaut werden.

Allerdings, das Erneuerbaren Wärmegesetz gibt es nach wie vor nicht.
Wird das noch was?

Das Erneuerbaren Wärmegesetz ist eines der wichtigen Gesetze
für die Energiewende.

Was regelt das?

Das gibt Planungssicherheit für die Menschen in unserem Land,
für die Betriebe in unserem Land,

dass fossile Heizsysteme ablaufdatum haben

und dass keiner Familie in der Steuermarkie,

Niederösterreich, Oberösterreich mehr jemand einreden kann.

Eine Gasheizung wäre eine gute Idee.

Es gab bei den Verfassungsgesetzern
eine Blockade der SPÖ.

Dadurch haben wir Zeit verloren.

Die können wir auch nicht mehr aufholen.

Aber in der Zwischenzeit,

die Verhandlungen sind ja jetzt im Parlament.

Ein Gespräch stattgefunden zu den Verfassungsmehrheiten.

Ich kann dann alle nur appellieren,

da auch rasch voranzukommen,

das ist ein wichtiges Gesetz für die Energiewende.

Die SPÖ, die Sie da jetzt ansprechen,

die brauchen Sie,

weil Sie eine Zweidrittelmehrheit für dieses Gesetz haben wollen.

Ich habe eben nachgefragt bei den Sozialdemokraten,

die sagen, es gibt immer noch keinen Gesprächstermin
für Verhandlungen.

Wir brauchen für Energiegesetze

und gerade für Energiegesetze für die Energiewende

die wichtige und umfassende Regelungen enthalten,

die oft auch Bundesländernmaterien betreffen,

Zweidrittelmehrheiten.

Deswegen haben wir intensive Verhandlungen

mit der SPÖ stattgefunden zum Energieeffizienzgesetz,

wo Sie schlussendlich nicht zugestimmt haben,

zum Erneuerbaren Wärmegesetz auch.

Wie gesagt, ich bin froh, dass die Blockade vorbei ist.

Meines Wissens nach,
die Gespräche finden jetzt auf der parlamentarischen Ebene statt.
Es hat ein Gespräch stattgefunden zu den Verfassungsmehrheiten insgesamt,
wie man damit weiter umgeht.
Und ich kann nur appellieren, dass alle Herer Verantwortung nachkommen.
Sie verweisen da zum Wiederholtenmal jetzt eigentlich schon
auf die parlamentarische Ebene.
Aber dieses Gesetz war ja Ihnen persönlich ein ganz wichtiges Gesetz.
Warum setzen Sie sich selber da nicht mehr ein?
Eine konkrete Forderung der Sozialdemokraten war zum Beispiel,
dass die Subventionen, die es für den Heizungstausch gibt,
dass die über einen längeren Zeitraum hinweg fixiert werden sollten.
Könnte man Ihnen das nicht einfach zusagen?
Wir haben in vielen, vielen Verhandlungsrunden
auch viele Vorschläge gemacht.
Wir haben in der Zwischenzeit und im Vergleich zu Vorgängerregierungen
auch gerade im Bereich der Förderungen deutlich nachgelegt.
Und selbstverständlich war auch das Teil der Gespräche.
Und es gibt ein Ergebnis, wenn sich drei Parteien einig sind.
Aber wie gesagt, die Verhandlungen dazu laufen im Parlament.
Ich werde alles dazu tun, was ich dazu tun kann, um das zu unterstützen.
Fickse Zusage können Sie da keine machen.
Man könnte das ja auch mit zwei Drittel mehr absichern.
Wir haben, wie gesagt, die Gespräche dazu laufen auf parlamentarischer Ebene.
Ich freue mich, wenn es in einem Gesamtpaket eine gute und langfristige Absicherung gibt.
Da bin ich die Erste, die sich darüber freut.
Noch ein offenes Energiegesetz ist das erneuerbaren Gasegesetz.
Da geht es um Biogaserzeugung in Österreich.
Biogas, das dann auch in Österreich für die Energieerzeugung verwendet werden soll.
Auch das liegt eigentlich vor, was passiert damit jetzt?
Warum ist das so wichtig?
Wir haben im letzten Jahr gesehen, wie schmerzlich es ist für unser Land,
wenn wir abhängig sind von Disboten, die unser Gas liefern.
Die unser Pressen mit Gaspreisen, die unser Pressen mit den Gaslieferungen.
Das muss einerseits bedeutenden Energieverbrauch zu, den Gasverbrauch zu reduzieren,
weil es ist klar, wir können in Österreich nur kleine Mengen erneuerbaren Gases selbst herstellen.
Das muss auch bedeuten, wir werden auch erneuerbare Gase importieren.
Aber für diese Investitionsentscheidungen, für die erneuerbaren Gashersteller,
braucht es auch Planungssicherheit, daher das erneuerbaren Gase gesetzt.
Das war in Begutachtung.
Dort sind gute und substanzielle Rückmeldungen auch gekommen,
die jetzt eingearbeitet werden in den Entwurf.
Und dieser Entwurf ist jetzt wieder in der kollektionären Verhandlung.
Und Minister Totschnick weiß ich und ich arbeiten intensiv daran,

dass wir das rasch abschließen können.

Aber was heißt raschwand kommt?

Das ist da jetzt irgendwie der Schwung heraus,

nur weil quasi für den nächsten Winter die Gasversorgung gesichert ist?

Wir haben ein gemeinsames Ziel in dieser Bundesregierung,

2027 raus aus russischem Erdgas.

Das ist für Österreich eine schwierige Aufgabe.

Das heißt, es braucht eine Vielzahl von Maßnahmen.

Das erneuerbaren Gasegesetz ist eine davon.

Und nein, diese Krise ist noch nicht vorbei.

Deswegen ist dieses Gesetz auch wichtig.

Wie gesagt, das ist gerade in der kollektiven Verhandlung.

Sobald es eine Einigung darüber gibt, bin ich die erste, die darüber dann auch spricht.

Es gibt noch ein Energiegesetz, wo es eigentlich schon lange einen Ministerratsvortrag gibt.

Das ist das erneuerbaren Ausbaubeschleunigungsgesetz.

Da geht es um Anlagen, die kein UVP-Verfahren brauchen, zum Beispiel Photovoltaikanlagen etc.

Auch das liegt schon sehr lange.

Wann kommt das?

Das Thema Verfahrensbeschleunigung ist mir sehr, sehr wichtig.

Warum?

Weil wir in der Energiewende schneller vorankommen wollen.

In der Bundesregierung haben wir unseren Teil für die Bundesmaterien erledigt.

Das Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz ist novelliert.

Der nächste Schritt ist jetzt eben das Gesetz für die Verfahren unterhalb der Umweltverträglichkeitsprüfung.

Da sind aber durchaus komplexe Fragen zu lösen,

weil es hier in der Kompetenzverteilung vielfach um Bundesländermaterien geht.

Dieses Gesetz ist hier bei mir im Ministerium in der Erarbeitung.

Und auch das ist eines der Gesetze,

die in dieser Legislaturperiode noch fertig werden sollen.

Drückt der Eindruck, dass jetzt ein Jahr nach dem Höhepunkt der Energiekrise,

dass da einfach der Schwung heraus ist bei den Energiegesetzen,

dass das deswegen alles so lange liegt,

weil man irgendwie die Dringlichkeit nicht mehr so empfindet?

Also dafür habe ich überhaupt kein Verständnis,

aber ich verhele auch nicht.

Es gibt da durchaus verstörende Ansichten.

Es gibt natürlich auch in Österreich Personen,

die meinen, jetzt wo Russland wieder Gasmengen liefert,

ist alles wieder gut.

Wir werden wieder zu einem Business as usual zurückkehren.

Dem wird nicht so sein.

Es gibt Stimmen aus der Wirtschaft, die immer sagen,
okay, man muss ganz schnell in jeder Sekunde,
wenn es ein Problem gibt, muss der Staat bereits sein zur Lösung,
aber die dann später wieder auf der Bremse stehen.
Dafür habe ich kein Verständnis.
Diese globale Energiekrise ist nicht vorbei.
Die Abhängigkeit unserer Volkswirtschaft von russischem Gas
ist noch viel zu hoch.
Das ist ein Risiko für die Industrie, für die Wirtschaft,
für die Menschen in unserem Land.
Nichts zu tun ist auch eine Entscheidung.
Aber die Entscheidung nichts zu tun ist eine Entscheidung,
in der Abhängigkeit zu bleiben.
Das ist kein Weg, den ich bereit bin zu gehen.
Deswegen mache ich Druck auf allen Ebenen,
auch bei den Energieversorgern,
dass wir gemeinsam die nächsten Schritte setzen.
Sagt Leonore Gewessler im Gespräch mit Peter Daser.
In der Schweiz hat die Notübernahme der Credit Suisse
hohe Wellen geschlagen.
Der UBS, die die Credit Suisse übernommen hat,
hat das aber einen Rekordgewinn gebracht.
Die Marke Credit Suisse soll trotzdem verschwinden.
3000 Arbeitsplätze werden damit wegfallen,
berichtet Marian Flotz Mieser.
Die UBS-Aktie ist heute früh gestärkt,
in den Handel gestartet.
Die Nachrichten vom Rekordgewinn
haben den Aktionärinnen und Aktionären offenbar gefallen.
Der Kaufpreis von 3 Milliarden Franken
für die ehemals zweitgrößte Schweizer Bank
lag deutlich unter dem Buchwert, wie heute klar ist.
Die UBS hat also gut eingekauft.
Wie geht es nun weiter?
Die UBS wird die Credit Suisse
bis voraussichtlich 2025 vollständig integrieren.
Es wird keine eigenständige Credit Suisse
Schweiz geben, wie zahlreiche Politikerinnen
und Politiker in der Schweiz gefordert haben.
Der Name Credit Suisse wird nach 167 Jahren ganz verschwinden.
Das sei die beste Lösung,
sagt der CEO der UBS, Sergio Ermotti.
Die Kunden würden von einem größeren Angebot profitieren.
Wenn wir das jetzt durchziehen,

werden wir nicht nur mehr für unsere Aktionäre herausholen.
Davon bin ich völlig überzeugt.
Ich glaube auch, dass wir langfristig mehr Jobs
in der Schweizer Einheit bewahren können.
Wir schaffen mehr Möglichkeiten für unsere Kunden
und werden zum Erfolg der Schweizer Wirtschaft beitragen.
Die Credit Suisse ist ja ins Trudeln geraten,
weil Kundinnen und Kunden das Vertrauen verloren
und ihr Vermögen abgezogen haben.
Dieser Trend hat sich fortgesetzt.
Von April bis Juni sind über 39 Milliarden Franken abgezogen worden.
Der Verlust der Credit Suisse lag im zweiten Quartal
bei 9,3 Milliarden Franken.
Ab jetzt sollte sich der Trend umkehren,
ist die UBS-Geschäftsführung überzeugt.
Die Stimmung bei den Vermögensverwaltungskunden
habe sich verbessert.
CEO Sergio Ermotti will ein straffes Sparprogramm durchziehen.
Bis Ende 2020 will die Megabank die Kosten
um rund 9 Milliarden Franken drücken,
stärker als bisher angekündigt.
Der größte Kostenfaktor sind die Löhne.
Daher werden allein in der Schweiz 3.000 Stellen gestrichen.
Leider müssen wir tiefgreifende Maßnahmen vornehmen,
um die Situation der Credit Suisse zu verbessern, sagt Ermotti.
In den letzten Wochen haben bereits einige Tausend
der ehemals weltweit 50.000 Credit Suisse-Mitarbeitenden
gekündigt.
Die neue Megabank hat 4 Milliarden Franken
für Rechtsstreitigkeiten auf die Seite gelegt.
Die Credit Suisse hat einige bei Gericht anhängige Fälle mitgebracht,
die nun gelöst werden müssen.
Von der Schweiz nach Frankreich,
wo sich Lokalpolitiker auf hochsensibles Terrorvorwagen
aufs außenpolitische Paket,
das ja Ansicht der Präsident für sich beansprucht.
Aber die Bürgermeisterin von Paris hat sich zuletzt eingeschaltet.
Sie hat einen Hilfskonvoi nach Bergkarabach begleitet.
Die amänische Enklave wird seit Monaten von Aserbaidtschan abgerillt.
Aus Paris Cornelia Primoz.
Mehr als 4.500 Kilometer von Paris entfernt
kommt der Hilfskonvoi in Steppener Kert an.
Bürgermeisterin Anne-Idalgo und 14 weitere,
teils hochrangige französische Politikerinnen und Politiker,

werden von Kindern und Frauen mit Dankeschildern empfangen.
Die Medikamente, Hilfsküter und Nahrungsmittel
sollen nach Bergkarabach gehen,
jene armenische Enklave,
die seit letztem Dezember von Aserbaidtschan abgerillt wird.
Die armenischen Bewohner von Arzach leiden unter dieser Blockade,
sagt die Pariser Bürgermeisterin vor lokaler Presse.
Diese Blockade verstoße gegen internationales Recht.
Was in Bergkarabach passiert,
sehe aus wie ein Genozid.
Zum Halter Hilfskonvoi, bestehend aus 10 voll beladenen Lastwagen,
am Checkpoint vor dem Lachinkorridor, nicht weiter kommt,
wie den französischen Lokalpolitikern,
umringt von Fotografen und Kameraleuten, erklärt wird.
Hier sehen sie gut den Kontrollposten,
den die Aserbaidtschanische Armee eingerichtet hat.
Da kommt kein Lastwagen durch.
Damit scheitert die in Szene gesetzte internationale Hilfsmission
der französischen Politiker.
Saville Bertrand,
Schwergewicht der konservativen Lirepublicain,
zeigt sich entrüstet.
Sie kommen hier nicht weiter,
um die Bevölkerung von Bergkarabach mit Nahrungsmitteln zu versorgen.
Das ist eine Verletzung der Menschenrechte.
Sie dürfen nicht normal leben.
In Frankreich gilt erhöhte Sensibilität
für den anhaltenden Konflikt in Bergkarabach.
Dies ist historisch begründet.
Hunderttausende Armenier sind während der Zeit des Völkermordes
vor gut 100 Jahren nach Frankreich geflüchtet.
Heute leben nach amtlichen Schätzungen
600.000 Menschen armenischer Abstammung in Frankreich.
Die Politikerdelegation, allen voran die Pariser Bürgermeisterin,
drängt nun Präsident Macron internationalen Druck aufzubauen,
um die Blockade der Enklave zu beenden.
Wir ersuchen den Präsidenten der Republik
das Gewicht Frankreichs im Unossicherheitsrat zu nutzen,
um eine Resolution für den Schutz der Bevölkerung von Bergkarabach
auf den Weg zu bringen, so an Italgo.
Drängen, ersuchen.
Mehr bleibt den französischen Lokalpolitiker nicht.
Doch weder der EU noch den USA oder Russland ist es gelungen,
die Krise zwischen den verfeindeten Nachbarn,

Azerbaidjan und Armenien zu entschärfen.

In Chile jährt sich im September der 50. Jahrestag
der Staatsstreichs von Militärdiktator Augusto Pinochet.

Die Verbrechen- und Menschenrechtsverletzungen
seiner 17-jährigen Herrschaft beschäftigen das Land bis heute,
vor allem das ungeklärte Schicksal von mehr als 1.000
verschwundenen Bürgern und Oppositionellen.

Die chilenische Regierung will dieses Erbe
jetzt mit einem nationalen Suchplan aufarbeiten,
berichtet David Kriegleder.

Im chilenischen Museum für Erinnerung und Menschenrechte
gibt es einen Raum, den man nicht so schnell vergisst.

Eine große Wand mit tausenden Porträtfotos,
umringt von Kerzen.

Zusehen sind die politischen Opfer der Pinochet-Diktatur,
viele junge Gesichter, 70er-Jahre-Look, verlorene Träume.

Unter mehreren Fotos ist zu lesen,
Dessert parisido, verschwunden.

Was ist mit ihnen passiert,
diese Frage quält hinterbliebene Vigabi Rivera bis heute.

Sie hat ihren Vater verloren
und leitet eine chilenische Menschenrechtsgruppe.

Der chilenische Staat hat eine historische Schuld,
die beglichen werden muss,
wie er die Opfer der Militärdiktatur verdienen antworten.

Dafür hat Chiles linksliberaler Präsident Gabriel Boric
einen nationalen Suchplan ausgerufen.

Zum 50. Jahrestag des Militärputsches
sollen die Archive mehrerer Ministerien durchlüftet,
digitalisiert und nach Spuren zu den Verschwundenen
durchforstet werden.

Forensiker sollen zudem mehrere Ausgrabungsstätten untersuchen,
in denen die sterblichen Überreste von Ermordeten vermutet werden.

Regimegegner, die während der Herrschaft von General Pinochet
vom chilenischen Militär verschleppt und exekutiert wurden.

Knapp 1.500 Opfer zwischen den Jahren 1973 und 1990.

Dieser Plan soll die Umstände der Entführungen und Hinrichtungen klären
und damit zu Wahrheit, Gerechtigkeit und zu Entschädigungen
für die Hinterbliebenen führen,

damit solche Verbrechen nie wieder geschehen.

Sagt Chiles Präsident Boric.

Die Initiative wird von der Mehrheit der Chilenen begrüßt,
aber es ist trotzdem politisch heikel.

Denn bis heute hätten 30 bis 40 Prozent der Bevölkerung

eine gute Meinung von der Diktatur.
Sagt die chilenische Politologin Marta Lagos.
Das erklärt die schleppende Aufarbeitung der Vergangenheit,
vor allem beim chilenischen Militär,
das bis heute seine Archive aus der Diktaturehrer nicht frei gibt.
Mitglieder der Armee wurden lange Zeit von einem Amnestie-Gesetz gedeckt.
Nur wenige Täter wurden je vor Gericht gestellt.
Der Kampf um Antworten wird also lange dauern.
Vieles vermutlich nie ans Tageslicht kommen.
Das zeigen vergleichbare Initiativen in den Nachbarländern Argentinien,
Brasilien und Paraguay.
Und wenn es noch 50 Jahre dauert, wir werden weitersuchen.
Sagt Menschenrechtsaktivistin Gabi Rivera.
Denn das seien an den Gesichtern
auf den vergilbten Porträtfotos im Museum für Erinnerung schuldig.
Nach einer geografischen Sprung machen wir nach Südafrika.
Im Zentrum von Johannesburg
ist in einem 5-stöckigen Gebäude Feuer ausgebrochen.
Es gibt viele Tote mehr als 70 und viele weitere Verletzte.
Offiziell ist das früherer Bürogebäude leer gestanden.
Offenbar wurde es als illegales Wohnhaus genutzt,
in das Obdachlose gezogen sind.
Eine Frau sitzt um Gesteig und weint.
Die Überlebenden können es nicht fassen, was hier passiert ist.
Mehr als 70 Tote, mehr als 50 Verletzte.
Das sind die Opferzahlen nach dem Brand
in einem 5-stöckigen früheren Bürohaus
im einstigen Geschäftsviertel im Zentrum von Johannesburg.
Einem Haus, das wie so viele in dieser Gegend
von den Besitzern verlassen
und dann von Obdachlosen bezogen worden ist.
Der Brand ist nun zwar gelöscht,
doch Rauch steigt immer noch aus den gebrauchsten Fenstern.
Ich weiß nicht, ob meine Tochter noch lebt.
Sie war an dem Gebäude, sagt sich eine Mutter.
Der Einsatz der Katastrophenschutzteams
ist noch nicht abgeschlossen.
Wir durchkemma das Gebäude jetzt Stockwerk für Stockwerk
auf der Suche nach weiteren Menschen,
sagt Robert Mulasi vom Katastropheneinsatz-Tinz.
Damit man sich das vorstellen kann,
das ist eine Art von nicht genehmigter Siedlung in dem Haus.
Da wurden Zwischenwände und andere zerrichtet.
Es ist verwinkelt, die Menschen haben da zusammengetränkt gelebt.

Da können natürlich noch Leute gefangen sein, sagt Mulasi.
Dämpft, aber gleich allzu große Hoffnungen.
Es gibt zwar Chancen, dass wir weitere Menschen finden,
aber sie werden nicht mehr um Leben sein.
Es ist ein wirklich trauriger Tag.
In meinen mehr als 20 Jahren im Katastropheneinsatz
habe ich so etwas noch nicht erlebt, meint der Helfer.
Unter den Toten sind auch sieben Kinder.
Manche der Menschen sind ums Leben gekommen,
als sie auf der Flucht von den Flammen aus den Fenstern sprangen.
Doch wie war das Feuer ausgebrochen?
Die Ursache des Branders ist derzeit noch unklar.
In Frage kommt entweder Brandstiftung
oder das eine der Behelfsöwen,
die 100 Bewohnerinnen zum Heiz nehmen.
Kalten derzeitigen südafrikanischen Winter aufgestellt haben,
Feuer gefangen hat, erklärt der Katastrophenhelfer.
Am Unglücksort ist inzwischen auch die Sprecherin
des Stadtrats von Johannesburg, Colin Macho Bele, eingetroffen.
Sie wird gefragt, warum die Stadt der,
die Gewohnenverhältnisse zulasse,
die Katastrophen wie die heutige ja gerade zu herausfordern würden.
Wir können die Leute aus diesen Häusern hier nicht wegbringen,
wenn wir ihnen keinen anderen Platz zum Wohnen anbieten.
In der Stadt kann sich das nicht leisten,
allen Wohnraum zu verfügen zu stellen.
Was wohl bedeutet, dass sich an den tiefer liegenden Ursachen
der heutigen Tragödie in Südafrikas größter Stadt
wenig ändern wird.
Christian Leninger hat berichtet.
Um oft umstrittene Methoden die Erde künstlich abzukühlen,
geht es jetzt ums Geo-Engineering,
das zum Ziel hat, den Klimawandel abzumildern.
Etwa in dem der Atmosphäre CO₂ entzogen wird
oder die Sonneneinstrahlung auf die Erde reduziert wird.
Je weiter die Erderwärmung fortschreitet,
umso mehr kommt die Diskussion ums Geo-Engineering in Gang.
Auch die EU fordert ein internationales Regelwerk,
um die Forschung zu koordinieren,
damit nicht einzelne Staaten vorpreschen.
Elisa Wasch.
Grundsätzlich gibt es zwei Geo-Engineering-Methoden.
Da gibt es die CO₂-Entnahme aus der Luft.
Die Speicherung von Treibhausgasen im Boden

ist derzeit aber noch teuer und energieintensiv und zudem in Österreich verboten. Was schnell viel bringen würde, wäre das sogenannte Solare-Geo-Engineering. Die Reduktion von Sonneneinstrahlung auf die Erde. Man könnte zum Beispiel Schwefel-Aerosole mit Flugzeugen in der Stratosphäre ausbringen. Die kleinen Partikel reflektieren Sonnenstrahlen ins Weltall. Da die Temperaturen nach großen Vulkanausbrüchen global gesunken sind, weiß man, dass das funktioniert. Einige Forscher meinen, dass es keine Frage mehr ist, ob, sondern nur noch wann das gemacht werden wird. So meint etwa der österreichisch-amerikanische Klima-Ökonom Gernot Wagner. Einige Staaten könnten sich zusammen tun und sagen, wir machen das jetzt. Es gäbe Dutzende von Nationen, die die technischen Möglichkeiten hätten, die das Geld hätten, es tatsächlich zu tun. Wenn man das Klima irgendwann tatsächlich auf diese Weise abkühlen, heißt das dann, wir können einfach so weitermachen wie bisher? Sicher nicht, sagt Blasch Gasparini, der an der Universität Wien zum solaren Geo-Engineering forscht. Ich sehe diese Methode als eher ein Plan A plus, wo wir vielleicht wirklich die Erde für ein paar Jahrzehnten, vielleicht 50 Jahre, ein bisschen abkühlen. Und dadurch bekommen wir ein bisschen mehr Zeit, um die Gesellschaft zu dekarbonisieren, aber nicht als eine permanente Lösung. Das ist keine permanente Lösung. Solaris Geo-Engineering birgt auch Gefahren. So meint der deutsche Klimaforscher Mojib Latif vom Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung in Kiel. Wenn es um Schwefelpartikel geht, kann man tatsächlich das Klima im negativen Sinne beeinflussen. Schädigungen der Optionsschicht sind nicht ausgeschlossen. Das wäre natürlich eine Riesenkatastrophe. Die Niederschäftsverteilungen können sich ändern, bis hin zu den Monsonregen. Ich würde dringend davor abraten. Das Problem ist, man weiß derzeit schlicht zu wenig über Solaris Geo-Engineering. Es gibt kaum Forschung. Für die Forschung braucht es einen internationalen Rahmen.

Einen solchen fordert jetzt auch die Europäische Union ein.
Denn von groß angelegten Eingriffen ins Klima
wäre die ganze Welt betroffen.
Und mehr über Geo-Engineering hören Sie am Abend im Journal Panorama
ab 18.25 Uhr gleich nach dem Abendjournal.
In diesem Mittagjournal schauen wir uns noch
die Wirksamkeit von Medikamenten an.
Die und auch Nebenwirkungen können sich nämlich
vom Patient zu Patient stark unterscheiden.
Und genau da setzt die Pharmakogenetik an.
Mit einem Gen-Test ist es nämlich möglich,
die besten individuellen Wirkstoffkombinationen zu ermitteln.
In Österreich werden solche Tests aber noch recht selten verwendet.
Und das hat mehrere Gründe, berichtet Raphael Krapscher.
Über eine Blut- oder Speichelprobe ist es möglich,
Variationen im Erbgut einer Person zu ermitteln
und so mehr darüber zu erfahren,
wie sie auf bestimmte Medikamente reagiert.
Anhand des Gen-Tests werden die Dosis
und auch die Arzneien selbst individuell angepasst,
um mögliche Beschwerden und Nebenwirkungen zu minimieren.
Das erhöht nicht nur die Sicherheit für die Patientinnen und Patienten,
sondern auch die Wirksamkeit der Therapie, erklärt Ron van Scheik,
der Präsident der Europäischen Gesellschaft
für Pharmakogenomik und Personalisierte Therapie.
Erfolge konnte man bereits in der Psychiatrie
und der Behandlung von Krebs erzielen.
Van Scheik erinnert sich etwa an eine Patientin,
die 13 Jahre lang nach wirksamen Medikamenten
gegen ihre Depression gesucht hat.
Mit einem Gen-Test ist es gelungen,
die richtigen Arzneimittel-Dosierungen zu ermitteln
und die Patientin effektiv zu behandeln.
In Van Scheik's Heimat, den Niederlanden,
werden die Tests von den Krankenkassen bezahlt.
In Österreich nicht, erklärt die Fachärztin Astrid Pinska-Plank
vom Schmerzkompetenzzentrum Bad fürs Lau.
In Österreich wird diese Untersuchung einfach nicht übernommen
von den Krankenkassen und vor allem einfach nur übernommen
von teilweise Privatversicherern,
aber eigentlich von der Privatperson selbst.
Da ein Test bis zu 1.000 Euro kosten kann,
ist das oft eine große finanzielle Hürde.
Für einen breiteren Einsatz in der Praxis

sei es auch nötig, die heimischen Ärztinnen und Ärzte
besser über die Behandlungsmöglichkeiten zu informieren.
Ich denke mir, es wäre wichtig,
dass man einfach mehr Bewusstsein schafft,
dass es diese Möglichkeiten auch mittlerweile relativ einfach umzusetzen gibt
und auch für Patienten, dass die Wissen die Möglichkeit besteht,
dass ich mich testen lasse
und dann auch anhand dieser Informationen in Zukunft anders behandelt werden kann.
Wichtig wäre nun, dass auch österreichische Krankenkassen
die Tests bezahlen, wenn auch vorerst einmal
bei jenen Patientinnen und Patienten,
die wirklich davon profitieren,
weil sie schon jahrelang erfolglos nach effektiven Therapien suchen.
Laut Fanshaik und Pinska Blank hätte das sogar positive finanzielle Auswirkungen
auf das Gesundheitssystem,
denn die Behandlung von Nebenwirkungen
und das lange Suchen nach den passenden Medikamenten
sei insgesamt weitaus teurer als die Tests selbst.
Mit William Shakespeare's komödingen Klassiker,
ein Sommernachtstraum,
eröffnet das Wiener Burgtherd am Sonntag also die neue Saison.
Die Inszenierung der Schweizer Regisseurin Barbara Frey
war im Sommer schon bei der Ruertrienale zu sehen.
Nun wandert sie also an die Burg
und so einen Sommernachtstraum hat man dort noch selten gesehen,
meint Sebastian Fleischer.
Wie aus einem bösen Traum schreckt Hermia hoch.
Gerade hat ihr Vater Egeos sich vom Athena-Herzog Tessäus
die Erlaubnis erbeten, sie zu töten,
wenn sie nicht den Mann heiratet, den er für sie bestimmt hat.
Ich klage an mein Kind hier, meine Tochter Hermia, Demetrios.
Dieser Mann, da habe ich sie zur Frau versprochen,
Lysander, der Mann hat meines Kindesherz behext.
Staatlich legitimierte Kontrolle des Vaters über die Tochter,
des Mannes über die Frau.
In einer Gesellschaft, die derart auf Gewalt aufgebaut ist,
herrschen für Barbara Frey nicht Heiterkeit,
sondern Angst und Wehmut vor.
Mich hat sie interessiert, wie sich das mit unserer heutigen Melancholie verbindet
und sehr wohl natürlich mit unseren heutigen Ängsten.
Denn wir können ja jetzt definitiv nicht mehr sagen,
dass unsere Zeit nicht eine Katastrophale ist.
Mein Blick ist böse, er liebt mich trotzdem noch.
Ach, hätten mein Lächeln diese Wirkung doch.

Und meine Flüche ernten Leidenschaft.
Ach, hätten meine Seufzer solche Kraft trotz allergrößten,
hast verfolgt er mich.
Trotz allergrößter Liebe hast er mich.
Das Verwirrspiel um die vier Liebenden im Traumwald wird zum Albtraum.
Ferngesteuert wie Marionetten,
wirken diese Figuren im Dämmerlicht der Bühne.
Selbst Puck, dargestellt von Dorothy Hardinger,
ist mehr grübler als Kobold.
Und die Handwerker Schauspieltruppe schickt ihrem Stück im Stück
vor lauter Angst etwas falsch zu machen, Trigger-Warnungen voraus.
Ihr Damen, deren Herz die kleinste Maus, die über den Boden kriegt,
mit Angst erfüllt, er zittert jetzt vielleicht
und rennt hinaus, wenn hier in wilder Wut ein Löwe brüllt,
darum wisst ihr, dass ich Schnock der Schreiner bin.
Im Halbtunkel der Inszenierung lotet Barbara Frey den Shakespeare-Text
auf seine Abgründigkeit aber auch komisch aus.
Shakespeare darf man nie vergessen,
hat in diktatorischen und absolut gewaltvollen Zeiten gelebt.
Heiner Müller hat ja mal gesagt, Shakespeare kann man nur
in einer Diktatur denken.
Shakespeare's Stücke konnten nicht geschrieben werden
in demokratischen Verhältnissen.
Auch der romantische Traumwald verliert im Bühnenbild
von Martin Zihet Grubber seine Verklärung.
Zwischen Otto Wrax, halb in der verbrannten Erde versunken,
stehen ein paar schwächliche Bäumchen.
In der Zeit der Renaissance gab es eine unglaubliche Ausbeutung
der Natur selbstverständlich schon.
Und deswegen hat Shakespeare nie eine Verklärung
der Natur vorgenommen.
Mit ihrer akribischen und konsequenten Neudeutung
des Sommernachtstraums hat Barbara Frey
vor gut zwei Wochen ihre letzte Ruhetrionale eröffnet.
Nach drei Ausgaben gibt sie die Intendanz
turnusmäßig ab, iwo van Hove übernimmt.
Ko-Produktionen mit dem Burgtheater standen auch
in den beiden vergangenen Festivalsommern prominent am Programm.
Wie sich der Transfer von der Industriehalle in Duisburg
ins Haus am Ring diesmal begonnen hat,
wird die Wien-Premiere am Sonntag zeigen.
Und jetzt ist noch Zeit für die Nachrichten
so fast für den News in English with Astrid Nolte.
Thank you and good afternoon.

Officials in the South African city of Johannesburg say they've now recovered more than 70 bodies from a block of flats that caught fire early Thursday injuring dozens of others.

A search and rescue operation is still underway.

The head of emergency services

Chaepo Makola says the exact cause of the blaze is not yet clear.

Since it's a hijacked building on an abandoned building, there might be two options here.

It might be illegal connection or it might be other heating devices which they are using.

Because we are told that at the time when the fire started they didn't have electricity.

The army officers who have seized power in the West African country,

Gabon, have named General Brice Olegine Gema as the transitional leader.

The deposed President Ali Bongo,

whose family has ruled the country for more than five decades, is under house arrest.

Many in the country seemed to welcome the move.

The independent politician Kami Eppenbia says he wants Bongo to go.

I'm 43 years old.

Since I was born, the Bongo family has been ruling this country.

This country has been ruling this country.

This country is very rich, but the population is poor, starving.

They've been ruling it without taking care of the people.

So it's only right if they leave and people are happy.

Search and rescue teams have been coming through damaged properties in the US state of Florida in the wake of Hurricane Idalia, which has been downgraded to a tropical storm.

It's now moving across South Carolina after pummeling Georgia, leaving thousands of people without power.

Kami Rome from the US Hurricane Center says the storm is still dangerous.

People mistakenly view this downgrade,

this quote unquote downgrade from a wind speed perspective, as less risk.

And what I'm telling you is the risk is just as high for life-threatening flooding.

The US has accused Russia of continuing secret negotiations with North Korea to acquire munitions and supplies for its war against Ukraine.

The US Ambassador to the United Nations, Linda Thomas-Greenfield, says any weapons sales by North Korea violate Security Council resolutions and is calling for an end to the dealings.

We cannot and we will not stay silent as we receive more information that Russia continues to turn to rogue regimes to try to obtain weapons and equipment in order to support its brutal war of aggression.

And the left-wing government in Chile has launched a program to determine the fate of more than 1,000 people who disappeared during military rule between 1973 and 1990.

They're presumed to have been murdered by the state, but their bodies have never been found.

To the weather, today's forecast is changeable with a mix of sun and cloud and isolated rain, top temperatures between 16 and 25 degrees.

And now for the news in German with Ansem Pär.

Vielen Dank. Die Regierung will den angekündigten Mietdeckel als Verfassungsbestimmung verankern, um sie gegen Verfassungsklagen abzusichern. Für die nötige zwei Drittel mehr ist die Zustimmung von SPÖ oder FPÖ nötig. Die beiden Oppositionsparteien wollen dem Entwurf in der jetzigen Form aber nicht zustimmen, ob ÖVP und Grüne zur Änderung bereit sind.

Ist offen, zur Not sei aber auch ein Beschluss als einfaches Gesetz, denkbar, heißt es von der ÖVP.

Die Inflation ist im August entgegen der Erwartungen leicht gestiegen von 7 Prozent im Juli auf 7,5 Prozent.

Das zeigt eine Schnellschätzung der Statistik Austria.

Grund dafür sind vor allem die wieder höheren Treibstoffpreise.

Im Euro-Raum hat sich die Teuerung gegenüber dem Vormonat nicht verändert.

Die Inflation in den Euro-Ländern liegt im Schnitt bei 5,3 Prozent und ist damit rund 2 Prozent niedriger als in Österreich.

Die Grünen fordern den Verfassungsschutz auf, die freiheitliche Jugend als rechtsextrem einzustufen und den Sprechern zu überwachen.

In einem Video der FPÖ-Jugendorganisation ist von Bevölkerungsaustausch die Rede.

Ein Begriff, den auch die als rechtsextreme eingestuften Identitären verwenden, auch Mitglieder der Identitären sind, in dem Video zu sehen.

Die Direktion Staatsschutz- und Nachrichtendienst müsse ein klares Zeichen setzen, fordert der grüne Sicherheitssprecher David Stöckmüller.

Großbritannien hat einen neuen Verteidigungsminister Grant Shaps versprochen, die Unterstützung für die Ukraine wie sein Vorgänger fortzusetzen.

Shaps übernimmt das Amt von Ben Wallace, der am Vormittag zurückgetreten ist.

Der 53-Jährige hatte schon im Sommer seinen Rückzug aus der Politik angekündigt.

Frankreich fordert einen Mindestpreis für Flugtickets in der EU.

Verkehrsminister Klimeš will die Steuern für Fluglinien erhöhen und die Erlöse in den Bahnverkehr investieren.

In den kommenden Tagen will er den anderen EU-Ländern Vorschläge präsentieren.

Auch Österreichsklimaministerin Leonore G. Wessler hat sich bereits für Flugmindestpreise ausgesprochen.
Papst Franziskus reist heute in die Mongolei.
Es ist der erste Papstbesuch in dem mehrheitlich-botistischen Land.
Die Zahl der Katholikinnen und Katholiken wird auf nur 1.400 geschätzt.
Damit ist die Mongolei einer der weltweit kleinsten katholischen Gemeinden mit nur 25 Priestern und 33 Nonnen.
Klimatologen lassen heute den Sommerenden einen Sommer der extremer Jörg Stieber.
Und da war wirklich alles dabei.
Hitzewellen, Türe, heftige Gewitter, Hochwasser und erst mal seit vielen Jahren auch wieder mal ein kurzer Wintereinbruch mit Schnee bis knapp 1.600 m beim Außerfern am 7. August.
Insgesamt war dieser Sommer aber relativ einheitlich in Österreich, um 1,1° zu warm und damit der siebendwärmste Sommer in der Messgeschichte mit 50% mehr Hitze-Tagen als im Durchschnitt.
Am Beispiel Wien sieht man auch sehr gut den Einfluss der Bebauung auf das Klima, während es in Maria Brun im Westen der Stadt mit großen Grünflächen nur 6 Tropenlechte gab, waren es in der dicht verbauten inneren Stadt gleich 35.
Extreme Unterschiede gab es auch beim Regen.
Deutlich zu wenig geregnet hat es vielerorts nördlich der Alpen, während es im Süden sehr nass war.
In Bad Eisenkapl und am Läubelbass gab es mit knapp 800 bzw. 1100 Liter auf den Quadratmeter sogar Regenrekorde.
Größere Regenmängern sind die nächste Zeit aber nicht zu befürchten.
Morgen kann es anfangs nördlich der Alpen stellen, weil sie in wenig Regen ab Mittag bilden sich dann besonders in Bergern von Salzburg Ostwärts ein paar Schauer.
Zeitweise wird es auch fast überall sonnig sein.
Höchstwerte 21 bis 27°C.
Am Samstag 23 bis 29°C und viel Sonne, am Sonntag dann in Osthälfte Österreichs vorübergehend wieder wechselhafter.
Und mit diesen schon nach sommerlichen Aussichten endet das Mittagsschinal für heute mit Gerald Domian, Rainer Hasiwa und mein Name ist Veronica Filiz.
Wir waren also Ihr Journalthema und sagen Danke für Ihr Interesse.
Kommen Sie gut durch den Nachmittag, der hier auf Ö1 mit Punkt 1 weitergeht und dem Mensch und dem Mond.